

Einfache Anfrage Böhi-Wil:**«Keine Einschränkung der Gleichstellung aus kulturellen oder religiösen Gründen**

Die massiven Belästigungen von Frauen, die in der Silvesternacht in Köln und anderen deutschen Städten von offenbar aus dem arabischen Kulturkreis stammenden Männern verübt wurden, haben zurecht grosse Empörung ausgelöst. Gemäss Aussagen der deutschen Behörden war es der Polizei aufgrund der grossen Zahl und der bandenmässig auftretenden Männergruppen nur noch in Einzelfällen möglich, angegriffene Frauen zu schützen.

Mittlerweile wurde bekannt, dass auch in Schweizer Städten Anzeigen von Frauen eingegangen sind, die in der Silvesternacht auf öffentlichen Plätzen von Männergruppen sexuell belästigt wurden. Laut Presseberichten soll es sich bei den Tätern ebenfalls um Männer mit Migrationshintergrund handeln.

Am 31. März 2015 reichte der Unterzeichnete die Einfache Anfrage 61.15.10 «Gleichstellung und Machokultur» ein, mit der er Massnahmen forderte, um drohende Rückschritte im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter bei Jugendlichen zu verhindern. In ihrer Antwort vom 26. Mai 2015 spielte die Regierung die Problematik herunter und sah keine Veranlassung, um die aktuellen Aktivitäten des Kompetenzzentrums Integration und Gleichstellung (KIG) zu erweitern und um damit auf die angesprochenen Probleme einzugehen.

Aufgrund der anhaltend grossen Zuwanderung auch aus nicht EU-Ländern und der stetigen Zunahme der Asylgesuche von Personen aus Regionen mit ausgesprochen patriarchalischen Gesellschaftsstrukturen besteht nun dringender Handlungsbedarf. Die Vorkommnisse in der Silvesternacht müssen als Vorzeichen davon gewertet werden, dass gewisse Grundwerte unserer Gesellschaft, darunter die Gleichstellung der Geschlechter, als Folge der gegenwärtigen grossen Migrationsströme Gefahr laufen, relativiert zu werden.

Mit dem KIG verfügt der Kanton über ein Kompetenzzentrum, in dessen Verantwortungsbereich es liegt, den erwähnten Tendenzen entgegenzutreten und die Zielgruppen mit konkreten Aktionen und Projekten zu erreichen.

Die Regierung wird gebeten, die folgende Frage zu beantworten:

Welche Massnahmen, auf der Ebene von Weisung, Verordnung oder Gesetz sind notwendig, um die bestehenden Ressourcen und Aktivitäten des KIG prioritär auf Projekte mit dem Ziel auszurichten, Asylsuchende und im Rahmen des Familiennachzugs in die Schweiz gekommene Personen auf den Stellenwert und den notwendigen Respekt der Gleichstellung hinzuweisen?»

8. Januar 2016

Böhi-Wil